

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Sonntabend, den 7. März 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 5. März.

**Aus dem Reichstage.** Noch eine volle Sitzung nahm die Verathung der Zuckersteuervorlage in Anspruch. Es war natürlich, daß mit wenigen Ausnahmen die Redner noch mehr wie gestern in der Lage waren, mit anderen Worten dasselbe zu sagen, was in den Tagen vorher schon ausführlich gesagt worden war. So vermochte auch der wildliberale Großhändler Müsse, der eine ausführliche Rede gegen das Gesetz hielt, neue Gesichtspunkte nicht anzuführen. Eine Ausnahme machte unser Genosse Schippel, der die bisher noch gar nicht berührte Frage erörterte, wie die Vorlage auf die internationale Regelung des Zuckerprämienwesens wirken würde. Er führte den Nachweis, daß das Ausland eine von Deutschland ausgehende Erhöhung der Prämien als Kompensationsprämie auffassen müsse und sie mit Prämienenerhöhung seinerseits erwidern werde. Gleichzeitig wies unser Redner auf den wilden Kampf der Interessenten in Deutschland selbst hin, den die Annahme des Gesetzes zur Folge haben werde. — Die Debatte lief schließlich in ein persönliches Geplänkel zwischen den Abgeordneten Dr. Baasche und Dr. Barth aus, und der freikonservative Raminiprophet Schulz-Lupitz hat in seinem Leben noch nie so alseitigen Beifall errungen, als heute, wo er als letzter Redner erklärte, auf's Wort verzichten zu wollen. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen.

52. Sitzung.

Am Bundesrathstische: Graf von Posadowski, von Hammerstein-Boxten.

Präsident von Uoel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr mit der Mittheilung, daß der frühere zweite Vizepräsident des Hauses Herr Dr. Uhl (N.) gestorben ist.

Die Verathung der Novelle zum Zuckersteuergesetz wird fortgesetzt.

Hilpert (bayer. Banernbund) ist gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt. In Süddeutschland kenne man die Zuckerindustrie nur dem Namen nach. Für Kommissionsberathung werde er stimmen in der Hoffnung, daß etwas Brauchbares auch für Süddeutschland herauskommen werde.

Chui (Südd. Vp.) erklärt sich gegen die Vorlage und gegen die Kommissionsberathung. Seine Partei sei vielmehr der Ansicht, daß man durch Verbilligung des Produktes den Inlandsverbrauch heben müsse.

Reichschatzsekretär Graf v. Posadowski polemisiert gegen den Abg. Barth. Herr Barth habe bei seinen Darlegungen außer Acht gelassen, daß das Reich aus den Schutzzöllen eine Einnahme von 356 Millionen habe. Diese Summe auf andere Weise, etwa durch direkte Steuern aufzubringen, sei ganz unmöglich. Der Nothstand in der Zuckerindustrie sei durch genaueste Informationen festgestellt. Im vorigen Jahre haben 87 Fabriken gar keine Dividende bezogen, 146 Fabriken mit einer Unterbilanz von 4—500 000 Mk. gearbeitet. Herr v. Standby sagte gestern, das Gesetz werde von keinem einzigen Mitgliede des Hauses in seiner jetzigen Gestalt gebilligt. Er müsse darauf erwidern, daß die Vorlage genau nach dem Antrage Baasche ausgearbeitet sei, der von 143 Mitgliedern des hohen Hauses unterschrieben worden ist. Herr v. Standby hat sich dann weiter geirrt; die letzte Zuckersteuervorlage ist nicht mit 3 Stimmen, sondern mit 33 Stimmen in der entscheidenden Abstimmung angenommen worden. Herr v. Standby hat das letzte Zuckersteuergesetz „erbärmlich“ genannt. Dieser Ausdruck ist nicht unbedenklich einem Gesetze gegenüber, das die Mehrheit des Reichstages und der verbandelten Regierungen gefunden hat. Ich will hoffen, daß nicht einmal solch' scharfe Kritik an einem Gesetze gelobt wird, das seinen Ansichten entspricht. Die Einführung einer Materialsteuer ist unmöglich. Bei einigermaßen ernstem Vorarbeiten würde Herr v. Standby selbst zu dieser Ueberzeugung kommen. Der Osten werde durch die Vorlage nicht benachtheiligt. Herr v. Standby habe hier die Interessen des Ostens nicht richtig erkannt. Er hoffe, daß Abg. v. Standby sich noch ferneren Erwägungen zugänglich erweisen wird.

Hilde (wildliberal): Die Verhältnisse im Anhalter Lande kenne ich genau. Aber ich habe bisher noch nicht bemerkt, daß es den Zuckerfabriken in Anhalt besonders schlecht geht. Ich gebe dem Abg. Baasche zu, daß auch die Anhalter Fabriken ein sehr schlechtes Jahr gehabt haben, aber nach sehr vielen sehr guten Jahren. Herr Dr. Baasche ist mir als Nationalökonom gewiß überlegen, als Kaufmann kann ich mich aber mit ihm messen. Und als Kaufmann weiß ich, daß man Bilanzen schwarz malen und weiß malen kann, ohne unredlich zu sein. (Sehr richtig! links.) Von Unterbilanz ist bei anhaltischen Zuckerfabriken kaum die Rede. (Oh! rechts.) Zu gesetzgeberischen Maßregeln liegt meines Erachtens gar kein Anlaß vor. Von einem Preisgeben der Zuckerindustrie dem Weltmarkt gegenüber kann gar keine Rede sein. Daß die Nachbarstaaten ihre Prämien herabsetzen werden, ist höchst unwahrscheinlich. Es geht hier wie mit der Heeresvermehrung. Verstärken wir die Armee, so folgt uns das Ausland nach. Erhöhen wir die Prämien, so erhöht das Ausland ebenfalls die Prämien. Herr Kollege Baasche will den Rohrzucker von unserem Markte verdrängen. In einer Versammlung sagte ein praktisch erfahrener Mann dem Kollegen Baasche neulich einmal: „Man kann einen Gegner wirtschaftlich nur bekämpfen, wenn man Mittel hat, die

der Gegner nicht hat.“ Und Herr Baasche sagte: „Nun, wenn das Ausland die Prämie auch erhöht, so stehen wir immer noch nicht schlechter da als jetzt.“ Ich aber frage mit dem Kollegen Barth: Was nützt da die ganze Gesetzgebung? Als einziger Erfolg bleibt die Belastung des deutschen Volkes um 55 Millionen bestehen. Ein netter Erfolg (Sehr richtig, links.) Wenn man die Zahl der Sozialdemokraten nicht nur aus den Kreisen der Arbeiter, sondern auch der kleinen Beamten nicht fortgesetzt vermehren will, dann bleibe man mit solchen Entwürfen zu Hause. Doppelt bedauerlich bleibt, daß diese Vorlage ihre Entstehung einer Anregung aus einer liberalen Partei verdankt. (Sehr richtig, links.) Die Vorlage will eine Art planmäßige Regelung der Produktion; das ist sozialistisch. Aber der Sozialismus will auch eine planmäßige Regelung der Konsumtion. Beides vereinigt verstehe ich, wenn ich es auch bekämpfe; aber nur die Produktion planmäßig regeln zu wollen, das erscheint mir unmöglich. Von der Kontingentierung wird weder die Zuckerindustrie noch der Rübenbau Nutzen haben. Der Zuckerindustrie wird die Ausnutzung günstiger Konjunkturen auf dem Weltmarkt unmöglich gemacht; für den Rübenbau bedeutet die Kontingentierung noch niedrigere Rübenpreise; die Rübenbauer gerathen ganz in Abhängigkeit von den Zuckerindustriellen. Die Kontingentierung schließt die Erbauung neuer Fabriken aus, sie bedeutet also das Monopol für die bestehenden. Jede Produktionssteuer in Staffelform schädigt die Verbesserung des Betriebes, den technischen Fortschritt. Außerdem ist erwieben, daß der Großbetrieb in der Zuckerindustrie im Gegensatz zu der sonst beobachteten Entwicklung nicht begünstigt ist im Verhältnis zum Kleinbetrieb. Die staffelförmige Belastung ist demnach ungerechtfertigt. Von einer Einigkeit der Zuckersteuervorlage gegenüber ist weder bei den agrarischen noch den industriellen Interessenten die Rede. Selbst Abg. Baasche hat in einer Versammlung in Bromberg zugegeben, daß sich der ganze Osten gegen das Gesetz wehrt. (Hört, hört! links.) Er meinte, nur die Großproduzenten würden von dem Gesetz Nutzen haben. Es ist also derselbe Standpunkt, den Herr Baasche den Vertretern gegenüber einnimmt. (Große Heiterkeit, links.) Wir haben als Abgeordnete die Pflicht, die Gesamtinteressen des Volkes zu wahren; dieses Gesetz dient nur einseitigen Interessen: wir wir lehnen es deshalb ab.

v. Blöy (N.) polemisiert gegen den Abg. v. Odenhausen, der dem Bund der Landwirthe unendliches Weinen vorgeworfen habe. Wir sind freu wie Gold, wenn wir auch räsonnieren. Solche Angriffe lassen uns kalt, wenn sie auch vom Ministertische mit einem Händedruck gelohnt werden. Da sagen wir: „Schwamm drüber!“ Mit dem Gesetz, wie es ist, sind wir nicht einverstanden; wir erhoffen aber die notwendigen Änderungen von der Kommissionsberathung. Vor allem muß die Betriebssteuer fortfallen. Was das Kontingent betrifft, so wünschte ich eigentlich auch seinen Fortfall, aber es ist die Grundlage des Gesetzes, und ohne Kontingent gerathen wir in's Uferlose. Jedenfalls aber muß das Kontingent erhöht werden, mindestens auf 17 Millionen. Die Konsumsteuer ist notwendig, weil sie das Geld schafft, ohne welches das Gesetz nicht durchführbar ist; der Zucker wird dadurch höchstens um 3 Pf. vertheuert. Das bedeutet für eine arme Arbeiterfamilie höchstens eine Belastung von einem halben Pfennig pro Tag. Die dem Nachtheil steht der Vortheil gegenüber, daß die Zuckerindustrie durch das Gesetz erhalten wird, die 100 Millionen Löhne jährlich zahlt. Dort wo Zuckerindustrie herrscht, sind die Löhne aber auch ganz allgemein gestiegen. Die Arbeiterklasse geht also im Ganzen Vortheil von dem Gesetz. England geht zu Grunde mit seiner Landwirtschaft. In England herrscht die höchste Unkultur. (Lachen links.) Vor den Thoren Londons liegen die Felder öde und verlassen, weil die Bebauung sich nicht mehr lohnt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Folge der verderblichen Wirtschaftspolitik Englands. Um die Konsumsteuer mache ich mir also gar keine Sorgen. Redner polemisiert gegen die Aenderung des Landwirtschaftsministers, daß der Rübenbau das Rückgrat der Landwirtschaft sei. Dann hätte ja die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein gar kein Rückgrat. Von der Zuckersteuer hat man behauptet, sie sei wieder eine Liebesgabe, die der Landwirtschaft in den Schooß geworfen wird. Das ist nicht der Fall. Den Nutzen von der Erhaltung dieser Industrie hat die gesamte Volkswirtschaft. Redner hofft von der Kommissionsberathung ein brauchbares Gesetz. (Beifall rechts.)

Schippel (SD.): Nur auf die Frage der internationalen Regelung der Zuckerprämien überhaupt, die Grundlage des ganzen Gesetzes bildet, gedanke ich näher einzugehen. Seit Annahme des Zuckersteuergesetzes im Jahre 1891 war die Regierung eigentlich verpflichtet, der Frage einer internationalen Regelung dieser Materie näher zu treten. Eine Resolution, die in der dritten Lesung allerdings nicht zur Behandlung kam, forderte sie zu ernsten Verhandlungen mit den Zucker exportirenden Ländern auf. Und die Regierung schien hierzu auch bereit zu sein. Bis zum September 1895 glaubte die Regierung, die Prämien international beseitigen zu können auch auf Grund des heutigen Gesetzes. Welche Veränderungen sind denn seit dem vorigen Herbst eingetreten, daß man heute die Kampfsprämien unbedingt erhöhen zu müssen glaubt? Ich suche vergeblich nach Gründen und finde nur Jagdgründe. Wie kann man denn glauben, daß, wenn wir die Prämien erhöhen, das Ausland die Prämien herabsetzen werde. Der Zentralkomitee für die Rübenzucker-Industrie in Oesterreich hat bereits angekündigt, daß Oesterreich die Prämien ebenfalls erhöhen müsse, wenn Deutschland vorangeht; ebenso denkt man in Frankreich. Also die Kampfsprämien werden gar nicht den Zweck erreichen, den man ihnen unterlegt. Oder hat die Regierung andere Informationen? Welche Informationen stehen ihr zu Gebote? Die Frage kann mit Discretion behandelt werden. Aber die Regierung sollte darüber Auskunft geben. Denn daß wir so auf's Eis gehen sollen, ist nicht zu verlangen. Was hat also die Regierung für Schritte gethan? Welche Informationen stehen ihr zur Verfügung? Viel Vertrauen können wir freilich nicht zur Regierung haben. Wenn z. B. der Reichschatzsekretär die Parteien des Deutschen Reichstages so wenig kennt, daß er im Landesökonomienkollegium sagen konnte, grade in der Stellung der Betriebssteuer liege das soziale Element und grade sie werde im Reichstage sympathisch aufgenommen werden, dann muß man das

Vertrauen zu ihm verlieren. 1891 konnte man die Prämien erheben, weil Belgien und Frankreich damit vorangegangen waren. Die Grundlagen der Prämien haben sich auch heute noch nicht geändert, nur die Nebenstände der Herren scheinen sich geändert zu haben. Im Vorjahre schickte man die Prämien in Frankreich am 6. März, in Motiven auf 6 Mark und jetzt hören wir auf einmal von Prämien in Höhe von 7, 8 und 9 Mark. Zu der Kontingentierung kommt der Kampf Mitteldeutschlands gegen den Großbetrieb des Ostens zum Ausdruck. Ich trene mich, daß grade Herr von Standby, der doch sonst immer eine offene Hand für Liebesgaben gehabt hat, diesen Gegenstand so offen hervorgehoben hat. Grade im Osten hätten am Rübenbau die Landwirthe das größte Interesse. Die Kontingentierung würde nur Mitteldeutschland zugute kommen. Wird die Vorlage Gesetz, welche Komittees beschreiben Sie damit heraus? Welcher Interessenkampf wird zwischen den einzelnen Distrikten entbrennen? Fortwährend werden wir hier uns mit der Aufhebung des Kontingents beschäftigen müssen. Petitionen über Petitionen werden an uns gelangen. Denn von den Interessentengruppen geht keiner dem Anderen einen Streich. (Heiterkeit.) Aus politischem Heilichkeitgefühl ersparen Sie uns dieses Gezänke zwischen den einzelnen Interessengruppen. (Beifall links.)

Dr. Baasche (N.): Ich gebe dem Abg. Barth zu, daß Jeder im Handel nimmt, was er kriegen kann. Wenn aber ein zu großes Angebot auf dem Weltmarkt vorhanden ist, so erhält man nur den Preis, zu dem die Konturrenten ihre Waare auf den Markt bringen. Da aber andere Länder höhere Prämien haben als wir, so können ihre Zuckerfabriken uns unterbieten; das ist ein Nachtheil für unsere Industrie. Man hat heute wieder von einer Mehrbelastung der Konsumenten gesprochen. Seit 10 Jahren ist aber der Zuckerpreis beständig gesunken in Folge der Fortschritte der Produktion. Diese gleichen die geringe Mehrbelastung sicher bald aus. Es ist daher übertrieben, wenn Abg. Richter behauptet, der Erfolg des Gesetzes werde nur sein, daß sich Ringe bilden zur Ausbeutung der Konsumenten und der Rübenbauer.

Dr. Barth (FVg.) giebt zu, daß die Wirkung der Prämien unter Umständen keine Belastung des Inlandskonsums zu sein brauche. Bei diesem Gesetz aber sei unbestreitbar, daß die deutschen Steuerzahler in jedem Falle 32 Millionen mehr zu bezahlen haben würden.

v. Standby (N.) sucht unter großer Unruhe und Unaufmerksamkeit des Hauses nachzuweisen, daß dem Schatzsekretär eine Widerlegung seiner Rede nicht gelungen sei.

Schulz-Lupitz (N.) verzichtet auf's Wort. (Müßiges Bravo!)

Die Diskussion wird geschlossen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle. Schluß viertelviertel Uhr.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beantragt, die am 24. Mai 1895 vom Reichstage beanstandete Wahl des konservativen Abg. v. Salisch (Mittsch-Trebnitz) für gültig zu erklären. Nach dem vom Abg. Dr. Schneider erstatteten schriftlichen Bericht sieht die Kommission als erwiesen an: daß in Jagdschütz der Wahlvorsteher v. Wallenberg den Wahlzettel des Knechtes Klinisch geöffnet und den Klinisch gelobt hat, weil er konservativ gewählt hatte; daß in den Gemeinden Klein-Bargen und Klein-Ujeschütz die amtliche Gewalt des Gemeindevorstehers bezw. des Gemeinderaths zu Wahlbeeinflussungen mißbraucht worden ist; endlich daß an drei Orten die sozialdemokratischen Flugblätter durch die Gemeindebienner den Würgern entrisen sind, wobei zum Theil selbst die sozialdemokratischen Stimmzettel mitgenommen wurden. Die Behauptung des Protestes, daß in Dannowitz die sozialdemokratischen Zettelvertheiler aus dem Dorfe hinausgeprügelt seien, und daß sich der Gemeindevorsteher Labigte hierbei aktiv betheiligt habe, wollte die Mehrheit der Kommission trotz angebotener Zeugenbeweise, nachdem Labigte nichteidlich seine Betheiligung an der Prügelei bestritten hat, auf sich beruhen lassen.

Die Kommission beantragt die Gültigkeit der Wahl trotz der vorgekommenen Ungeheuerlichkeiten, weil dieselben bei der vorhandenen Mehrheit von 1300 Stimmen ohne Einfluß auf das Ergebnis gewesen seien. Das mag von den unmittelbar dargelegenen Verthäten richtig sein. Die erwiesenen Angaben des Protestes sind aber Symptome einer allgemeinen Wahlunfreiheit in jenem Wahlkreise und der Reichstag hat in früheren ähnlichen Fällen auf Ungültigkeit der Wahl erkannt, indem er sich auf dem Standpunkt stellte, daß die Wirkung der vorgekommenen Ungeheuerlichkeiten auf das Wahlergebnis wahrscheinlich viel weiter reicht, als sich nachweisen lasse. Die Wahl des Herrn v. Salisch wird denn auch im Plenum wohl abermals angefochten werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus ist seit Mittwoch voriger Woche mit der zweiten Lesung des Kaitus-

etats beschäftigt. Da die Herren für aktuelle Fragen wenig Verständnis zeigen und statt dessen alte, längst vergessene Fragen aus der Zeit des Kulturkampfes erörtern und fast täglich, bald in diesen, bald in jenen Worten das verspätete Verlangen nach einem neuen Volksschulgesetz im Sinne des Jedlitz'schen Entwurfs seligen Andenkens erhoben, so ist es kein Wunder, daß die Verhandlungen nicht von der Stelle kommen. Erst die Drohung des Präsidenten, Abendstunden anzuberaumen, vermochte die Neblust einigermaßen zu zügeln. Wichtige Fragen, z. B. das aus Anlaß der Fälle Arons und Jastrow erörterte Thema der rechtlichen Stellung der Privatdozenten, sowie die Religionsfreiheit und der Gewissenszwang der Dissidentenkinder, wurden kaum gestreift, ein Beweis, was das Volk von einer Geldsackverletzung zu erwarten hat.

Am Mittwoch (4. März) wurde der Fall Stücker-Witt, in dem Herr Stücker bekanntlich eine sehr traurige Rolle gespielt hat, erörtert. Obgleich verschiedene Redner fast aller Parteien schwere Vorwürfe gegen Stücker erhoben, war dieser nicht zu Aeußerungen über den Fall zu bewegen. Seine „christliche Liebe“ verbietet es ihm vermuthlich auch, mit einem Unglücklichen Mitgefühl zu haben.

Die Verathung wurde gestern, Donnerstag, noch fortgesetzt.

In der Reichstags-Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wurde Mittwoch die Verathung des Einführungsgesetzes zu demselben fortgesetzt. Art. 86 lautet wie folgt:

„Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Erwerb von Rechten durch juristische Personen beschränken oder von staatlicher Genehmigung abhängig machen.“

Auf Antrag der Abgg. Gröber (B.) und Stadthagen (Soz.) wurde dieser Artikel mit 10 gegen 9 Stimmen gestrichen. Art. 87 bestimmt:

„Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Wirksamkeit von Schenkungen an Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Korporationen von staatlicher Genehmigung abhängig machen.“

Auch dieser Artikel wurde mit 10 gegen 9 Stimmen gestrichen.

Die Subkommission des Böhrengesetzes stellte Mittwoch die Fassung des Gesetzes frist, das nach den Beschlüssen der ersten Lesung gedruckt und spätestens am Freitag den Mitgliedern zugänglich gemacht werden soll, damit die Kommission am Montag in die zweite Verathung der Vorlage eintreten kann.

Für die fakultative Zivilehe will nach der „Post“ die konservative Fraktion des Reichstages laut Fraktionsbeschlusses eintreten. Es wird zum § 1300 des Entwurfs einen Abänderungsantrag vorbereitet, wonach die Eheschließung entweder vor dem Standesbeamten oder durch kirchliche Trauung erfolgen soll. Die Deutschkonservativen werden außerdem beantragen, daß aus dem Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes vom 9. Februar 1875 die Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch übernommen wird, wonach die Kosten ausschließlich den Gemeinden obliegen. — So gräbt die Reaktion an allen Enden.

Der Prozeß Hammerstein droht sich, wie die „Mil.-Pol. Korresp.“ abweichend von anderen Mittheilungen meldet, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft außerordentlich in die Länge zu ziehen, da der Angeklagte immer neue Zeugen in seine Angelegenheit zu verwickeln bestrebt ist.

Zur Reichstags-Erfahrungswahl in Osnabrück bereitet sich schon wieder eine Ungültigkeitserklärung vor für den Fall, daß der nationalliberale Kandidat Wamhoff gewählt wird. Schon jetzt werden, wie die „Freis. Z.“ meldet, die Arbeiter des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins aufgefordert, auf den Bureaus öffentlich zu unterschreiben, wenn sie wählen wollen; und da der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein für den Kandidaten Wamhoff stimmt, müssen die Arbeiter schon Wamhoff unterschreiben, wenn sie nicht in der Angst, gekündigt zu werden, leben wollen.

Dem Reichstage ist der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1895 zugegangen. Wir entnehmen demselben über die gesammten Ergebnisse in dem Berichtsjahre nachstehende Angaben:

„Im Jahre 1895 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufsvereinigungen, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden zur Anmeldung gelangten Unfälle 309 468, die der entchiedigten Unfälle 75 954, von denen 6280 den Tod, 2129 eine dauernde völlige, 42447 eine dauernde theilweise Erwerbsunfähigkeit und 25 098 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Die im Jahre 1895 vorausgabten Entschädigungen (Renten etc.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung 50 172 082. Im Jahre 1894 betragen die Entschädigungen 44 281 736, 1893: 38 163 770, 1892: 32 340 178, 1891: 25 426 377, 1890: 20 315 320, 1889: 14 464 303, 1888: 9 681 447, 1887: 5 932 930, 1886: 1 915 366 Mk. Entschädigungen (Renten etc.) Es wurden im Jahre 1895 gezahlt oder angewiesen an: 277 133 Verletzte, 29 071 Wittwen Getödteter, 54 356 Kinder Getödteter, 1952 Waisen Getödteter; daneben erhielten ferner im Jahre 1895 8017 Ehefrauen, 17 437 Kinder und 218 Waisen als Angehörigen von Verletzten, die in Krankenhäusern untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen gezahlt oder angewiesen, so daß im Berichtsjahre zusammen 388 184 Personen auf Grund der Unfallversicherung Unterstützung erhielten.“

Welcher Abgeordnete stellt die meisten nutzlosen Anträge in den Kommissionen und verschleppt dadurch die Beratungen? Der konservative Abgeordnete von Salisch. Es ist nämlich im Reichstage ausgerechnet worden, daß dieser Abgeordnete, den aus naheliegenden Gründen seine Fraktionsgenossen nicht gern zur Rede lassen, in

kaum vier Wochen nicht weniger als zwanzig Anträge in den Kommissionen gestellt hat. Sämmtliche Anträge waren gleichlautend auf Schluß der Debatte gerichtet. Für die Debatten und zur Abstimmung über diese Anträge hat z. B. die Justizkommission etwa zweieinviertel Stunden Zeit bisher verschwendet müssen. Es kann daher nur Wunder nehmen, daß die Verathung der Kommission trotzdem verhältnißmäßig schnell fortschreitet.

In der Kommission für Abänderung der Vereins- und Versammlungsgesetzes, in welche für unsere Partei an Stelle Muer's der Genosse Wollenbühr neben Dr. Lütgen u. gewählt ist, hat der Abg. Kickert einen vollständig neuen Entwurf eingebracht. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Entwurfs sind:

Alle Deutsche haben das Recht, ohne obrigkeitliche Erlaubniß sich friedlich und ohne Waffen, in geschlossenen Räumen zu versammeln, oder zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, in Gesellschaften sich zu vereinigen. Öffentliche Versammlungen zu politischen Zwecken sind 24 Stunden, Volksversammlungen unter freiem Himmel 48 Stunden vor Beginn der Versammlung bei der Ortsbehörde anzuzeigen, welche die erfolgte Anzeige sofort zu bescheinigen hat. Politische Vereine haben ihre Statuten binnen drei Tagen nach der Stiftung des Vereins und Abänderungen der Statuten binnen acht Tagen der Ortspolizeibehörde zur Kenntnissnahme mitzutheilen. Die Polizei hat das Recht, in jede öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken Abgeordnete zu senden, welche das Recht haben, die Versammlung aufzulösen, wenn in derselben die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen durch den Vorsitzenden zugelassen wird, welche eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen, welche zu entfernen nicht gelingt. Der § 10 des Antrages lautet:

Auf die durch das Gesetz oder durch die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen sowie auf die Vorberatungen von Mitgliedern dieser Versammlungen während der Dauer ihrer Sitzungen, sowie ferner auf die Wahl-Versammlungen der Reichstagswähler, der Wahlmänner und Urwähler für die Landtage, die Kreis- oder Gemeinde-Vertretungen nach erlassenen Wahlauschreiben finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 9 inkl. des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung.

Straf- und Schlußbestimmungen bleiben vorbehalten. Die Kommission hat am Mittwoch Abend ihre erste Sitzung abgehalten.

Aus recht unzuverlässiger polizeilicher Quelle dürfte die folgende, von den meisten Blättern kritisch nachgedruckte Notiz des „Hamb. Corr.“ stammen. Dieselbe lautet:

„Diebstahl geheimer Erlasse. Die Thäter des Diebstahls des kaiserlichen Gnadenrlasses an die Armee sind bekanntlich ermittelt worden und geständig, die Vorgänge bei ihrer Verhaftung selbst sind bekannt. Es wird uns hierzu aber des weiteren geschrieben:

Der Gang der Untersuchung hat ergeben, daß eine Bestechung zur Ausführung des Diebstahls nicht nachgewiesen wurde, daß dagegen eine förmliche Verbindung zur Vollführung solcher Unthatsachen besteht. Diesmal war der Plan gut überlegt. Lieber der Drucker von Mittel befand sich seit Jahren im dritten Stock die Buchbinderei von Cämmerer. Ueberlieferungs-gemäß hilft die Buchbinderei, da es in der Druckerei dafür kein Veronal giebt, Mittel u. Sohn beim Falzen des „Armee-Verordnungsblattes“ durch Buchbinder aus. Beide Geschäftsstellen sind durch eine gemeinsame Treppe miteinander verbunden. Als nun einer der drei Beteiligten, Hillat, Schunet, Zeltche, zur gewohnten Stunde sich zum Falzen in die Druckerei begab, trat ein zweiter als „Verbindungsmann“ auf die Treppe, während der dritte vom Treppeneingange zur Buchbinderei ans die Beobachtung verjah. In einem geeigneten Moment ertheilte der letzte dem Mittelmann verabredetermaßen einen Wink, dieser dem Falzer, worauf die betreffende Nummer ihren Weg über die Treppe in die Buchbinderei von Cämmerer machte. Der Beobachtungsmann lieferte das „Armee-Verordnungsblatt“ sogleich an den „Vorwärts“ und zwar an Dr. Braun ab und war bei der Vernehmung erkannt, daß Dr. Braun ihn, wie er ausgefragt habe, nicht kenne. Dieser Widerspruch in beiden Aussagen war die Veranlassung, daß Dr. Braun längere Zeit in Haft gehalten wurde. Es liegt also Diebstahl und Hehlerei vor. Ein Vertreter des Kriegsministeriums wird zugezogen werden, um zu begutachten, ob alle Schutzanordnungen, die beim Druck geheimer Erlasse zu beobachten sind, getroffen waren.“

Liegt nun auch keine Bestechung vor, so ist die Rolle des „Vorwärts“ doch hinreichend gekennzeichnet, und er wird nun niemand mehr täuschen, um den Eindruck zu erwecken, als ob hohe geheime Verbindungen zu ihm führten, und dadurch seinen Abonnentenstand erweitern. Man weiß jetzt, woher der Wind bläst, der ihm geheime Papiere angeblich auf seinen Schreibtisch weht. Es kann natürlich nicht ausbleiben, daß das Kriegsministerium sich in Zukunft vor Wiederholungen derartiger Unthatsachen zu schützen suchen wird.“

Es ist bezeichnend für die Blätter, welche sich nicht genugiam über die ihnen etwas gar zu rasche Bericht-erstattung des „Vorwärts“ entrüsteten, daß sie aus dem Gange eines noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahrens ununterbrochen Mittheilungen und noch dazu gefärbte und gefälschte bringen.

Wir beschränken uns blos — so bemerkt der „Vorwärts“ dazu — auf zwei Berichtigungen der vorstehenden gemeinen Auslassung: 1. Es bestehen keinerlei Verbindungen des „Vorwärts“ zur Erlangung geheimer Aktenstücke; dem „Vorwärts“ fallen diese, ohne daß er den Finger rührt, in den Schooß. 2. Unserem Redakteur Dr. Braun war der Ueberbringer des „Militär-Verordnungsblattes“ vollständig unbekannt, von seinem Namen und seiner Stellung erhielt er erst nach seiner Verhaftung Kenntniß.

Wir sind neugierig, ob die Zeitungen, die so begierig abdruckten, auch von dieser Richtigstellung Notiz nehmen werden.

### Italien.

Rom. Alle Blätter bestätigen die Demission des Kabinetts, welche gestern den beiden Kammern mitgetheilt werden sollte. Diese werden sich darauf vertagen,

um die Entscheidung der Krone abzuwarten. Das Ministerium wird dem Parlamente alle auf Afrika bezüglich Aktenstücke vorlegen. Der König beschied die Präsidenten beider Häuser zu sich, um ihre Ansicht zu hören.

### Serbien.

Der „Semliner Btg.“ vom 1. März entnimmt der „Bosnische Zeitung“ das Folgende: In der serbischen Monopoli-Hauptkasse wurde ein Fehlbetrag von einer halben Million Dinar entdeckt. Der Thäter, ein Bruder des ehemaligen Finanzministers Petrowitsch, ist flüchtig. Infolge der fortwährenden Unregelmäßigkeiten auf dem Belgrader Hauptpostamt und der Thatsache, daß die aus dem Auslande einlangenden Postanweisungen oft erst nach einigen Tagen ausgezahlt werden, haben die ungarische und die österreichische Postdirektion beschlossen, bei dem nächsten Weltpostkongress die Aufhebung oder Einschränkung des Geldanweisungungsverkehrs mit Serbien zu beantragen.

Trotz der fortwährenden Geldklemme, in welcher Serbien befindet, wurden doch im vorigen Jahre rund 250 000 Dinars zu „Brezhwecken“ verwendet. Der größte Theil dieser Summe floß in die Taschen jener europäischen Zeitungen, welche die Welt durch lobhulden Berichte über Serbien belügen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

6. März.

Wegen Beleidigung des Polizeioffizianten Blath wird Sonnabend, den 14. März, Vormittags 11 Uhr, gegen Redakteur Gen. Friedrich vor der II. Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelt werden. Die inkriminirten Artikel sind bereits im August und Oktober 1894 in „Volksboten“ erschienen. 1 1/2 Jahr fast hat es gedauert, bevor es zur Verhandlung kommt. Nun, unsere Befehle werden staunen, wenn sie später hören werden, weswegen ein Redakteur in deutschen Landen angeklagt werden kann.

Die Verfassungsfrage wird auf der „Eselwiese“ der „Lüb. Nachr.“, jenem bekannten Weibblatt der „E. Z.“ angeschnitten. Unter dem etwas abgebrauchten Namen „Civis“ (Bürger) flennt ein ungelant waltender Panseate darüber, daß dem Senate in seiner jetzigen Zusammensetzung zu wenig Männer aus dem geschäftlichen Leben angehören. „Civis“ wünscht daher, daß dem Senate nur 4 Rechtsgelehrte angehörig möchten. (Zur Zeit sitzen im Senate 8 Rechtsgelehrte.) Die jetzige Verfassung besagt über die Senats-Zusammensetzung überhaupt folgendes:

„Der Senat besteht aus vierzehn Mitgliedern. Von denselben müssen stets acht dem Gelehrtenstande angehören, und unter diesen wenigstens sechs Rechtsgelehrte sein. Die übrigen sechs Mitglieder dürfen dem Gelehrtenstande nicht angehören, unter ihnen müssen wenigstens fünf Kaufleute sich befinden.“ „Civis“ will nun, nachdem er also vier Senatorenstellen für die Juristen reklamirt hat, die noch übrigen 10 Senatsmitglieder aus allen Ständen genommen wissen, sogar für die Landbewohner verlangt er Berücksichtigung — für das arbeitende Volk scheint er jedoch keine Senatorenstelle übrig zu haben; wenigstens bemerkt er das nicht wie beim Landgebiet ausdrücklich. In gewisser Beziehung könnte man „Civis“ beipflichten. Doch, will man einmal reorganisiren, so fange man nicht beim Senate, dem Dache des Gebäudes, sondern bei der Bürgerschaft, den Grundmauern, an. Man führe für die Bürgerschaft das gleiche und direkte Wahlrecht für alle Einwohner über 20 Jahren ein. Die Reform des Senates dürfte dann wohl von selbst erfolgen, wenn auch vielleicht nicht in der von „Civis“ gewünschter Form. Wir befürchten jedoch, daß „Civis“ von unserem Vorschlage nichts wird wissen wollen.

Der Detailisten-Verein hat sich in seiner Sitzung vom Dienstag für die Anstellung von kaufmännischen Kontursverwaltern ausgesprochen. Ein Entschluß der unseren vollen Beifall findet. Es fragt sich nur, ob in unserer Juristen-„Republik“ die in Betracht kommenden Behörden diesem Beschlusse nachkommen werden. So leicht werden sich unsere Rechtsanwälte diese Prämie nicht entgehen lassen! Bezüglich der Bahnhofsfrage hat sich derselbe Verein dahin ausgesprochen, daß der Bahnhof an seiner jetzigen Stelle bleiben soll. Wegen einer Verbilligung der Gaspreise will der Verein bei der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten vorstellig werden.

Tobias Stillvergnügt ist unter die Antikapitalisten gegangen; er donnert heute gegen den „reichen“ Theaterdirektor. Was will Saul unter den Propheten? Der Fall „General-Anzeiger“-Stadttheaterdirektion bildet ein trauriges Kapitel in der Geschichte Lübedischer Journalistik. Vielleicht rollen wir dieses Kapitel demnächst einmal auf.

Personalien. Am 17. Februar d. J. hat der Senat den Hofner H. L. Brede in Dissau auf sein Ansuchen vom dem Amte eines Stellvertreters des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Curau entlassen und an dessen Stelle den Hofner H. Fr. Schwarz in Dissau wieder ernannt, auch dessen am 28. dess. Mts. vor dem Stadt- und Landamte geschlossene Beeidigung verfügt.

Vergleichende Zusammenstellung der Einnahmen an Staats-Steuern und Abgaben im Monat Februar 1895 und 1896. Im eben verfloßenen Monat gingen ein an: Einkommensteuer 187 505,45 Mk.; Eisenbahnsteuer — Mk.; Erbschaftsteuer 1 756,26 Mk.; Veräußerungsabgabe 9 397,11 Mk.; Stempelabgaben 5 942,90 Mk.; Schiffsabgaben 10 354,31 Mk. Im Ganzen gingen also ein: 214 956,03 Mk.; da in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 123 408,78 Mk. eingingen, so hat das Steuerbureau in dem diesjährigen Februar 91 446,08 Mk. mehr vereinnahmt. Diese Mehreinnahme findet allerdings

ihre Erklärung hauptsächlich in der Verlegung des Rechnungsjahres und der Hebetermine. Vom 1. April 1894 bis Ende Februar 1896 sind an Steuern und Abgaben im Ganzen 1506 983,51 Mt. eingegangen; in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 1 636 943,93 Mt. Es sind also im laufenden Rechnungsjahre bis jetzt 129960,42 Mark weniger eingegangen.

**Anzeigepflichtige Krankheiten.** Beim Medizinalamt wurden im Monat Februar 1896 von Ärzten gemeldet: 25 Fälle Diphtherie, 166 Fälle Masern, 3 Fälle Scharlach. Tödlich verliefen je ein Fall Diphtherie und Masern. — Nach dieser Uebersicht des Medizinalamts scheint sich das Gerücht von einer in der Kaserne ausgebrochenen Scharlachepidemie glücklicherweise nicht zu bewahrheiten; wenigstens läßt die kleine Ziffer bei Scharlach (3) darauf schließen, daß in der Stadt keine Epidemie herrscht. Oder sollte vielleicht die Garnison nicht verpflichtet sein, derartige Meldungen beim Medizinalamt abzugeben? Uns ist leider die betreffende Verordnung nicht bekannt.

**Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** veranstaltete gestern Nachmittag im großen Casino eine öffentliche Frauen-Vortrag. Frau Klara Kluge aus Niederlösnitz hielt einen Vortrag über: „Was trägt die Frau zur Gesunderhaltung der Familie bei?“ Der Vortrag war äußerst zahlreich besucht, wohl über 400 Damen hatten sich trotz der miserablen Witterung eingefunden. Der Vortrag wurde recht beifällig aufgenommen. — Der Bericht über den Mittwoch stattgehabten Vortrag folgt in nächster Nummer.

**Aufhebung einer Zwangsversteigerung.** Die auf Mittwoch den 11. März d. J., Mittags 12 Uhr, angelegte Zwangsversteigerung des C. N. Krüskopf gehörigen Hauses, Hansastraße 73, findet nicht statt.

Im Stadttheater hat am Sonnabend Abend Frä. Waehr, die „quietschvergnügte“ Naive unseres Theaters ihr Benefiz. Zur Aufführung gelangt, zu halben Kassenpreisen, Kleist's „Räthchen von Heilbrunn“. Wir wünschen der talentierten Künstlerin ein volles Haus. — Ueber die äußerst gelungene „Tannhäuser“-Aufführung werden wir morgen berichten.

**Eine „Verschwundene“ wiedergefunden.** Wir lesen im Amtsblatt: Endlich haben sich nunmehr auch Anhaltspunkte gefunden, die zur Ermittlung des Aufenthalts des im August v. Js. vom hiesigen Dampfer „Elbe“ verschwundenen Mädchens Johnson führen dürften. Ein hier in Stellung befindlicher Kellner hat die Vermisste vor ca. 3 Wochen in einem Vergnügungstotal in Hamburg getroffen. Die Johnson hat dem Kellner erzählt, daß sie jetzt auf einem zwischen Hamburg und Ruckland verkehrenden Dampfer fahre. — Entgegen dieser Meldung wird uns berichtet, daß ein Matrose unlängst die Johnson in Wismar gesehen haben will.

**Schadenfeuer.** Kurz nach 12 Uhr wurde in der verflochtenen Nacht plötzlich unsere Feuerwehr alarmirt. Es brannte in dem Hause des Malermeisters Vonsack, Kl. Bauhof 12, und zwar war das Feuer in der 2. Etage zum Ausbruch gekommen. Die Feuerwehr, welche sofort zur Stelle war, griff das Feuer von 3 Seiten an, und so gelang es ihr, das Feuer zunächst auf seinen Herd zu beschränken und war nach einer halben Stunde jede weitere Gefahr beseitigt. Gegen 1 1/2 Uhr rückten die Spritzen bereits wieder ab. Das Feuer hat hauptsächlich im Dachstuhl gewüthet. Ueber die Entstehungsurache verlaute bis jetzt noch nichts. Um 1/2 Uhr kehrten die Spritzen heim. — Wie uns von anderer Seite mitgetheilt wird, ist das Feuer nicht in der zweiten Etage, sondern im Hinterhause, in welchem sich auch die Werkstatt des Malermeisters befand, entstanden. In den dort aufbewahrten Del- und Farbevorräthen fand natürlich das Feuer reichliche Nahrung. Der Feuerschein war denn auch weithin sichtbar. Das Hinterhaus ist fast gänzlich niedergebrannt. Das Vorderhaus hat außer dem ausgebrannten Dachstuhl erheblich durch Wasser gelitten.

Beim Ausbruch des Feuers lag in dem Hause noch alles in festem Schlaf, sodast erst von außen Alarm geschlagen werden mußte, um die gefährdeten Bewohner zu wecken. Eine im Kellergehoß wohnende Frau erwachte erst eine Stunde nach Beginn des Feuers, als das Wasser in den Keller drang.

**Der Verein der Hölzer und Kleinhändler** hielt am Dienstag Abend bei Neumann im Fankhausen seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand unter anderem folgender Punkt: „Die Margarinevorlage und ihre Nachtheile für die Hölzer und Kleinhändler.“ Gerade über diesen Punkt entspann sich eine recht rege Debatte. Es wurde dann am Schlusse der Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 9. März 1896, im Berliner Hof zu Lübeck tagende Versammlung des Vereins der Hölzer und Kleinhändler erklärt sich gegen den Gesetzesentwurf betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln; und das zwar aus folgenden Gründen: die Kontrolle der Verkaufsstellen durch die Polizei zu jeder beliebigen Zeit würde geeignet sein, schädigend auf die Erwerbsverhältnisse der Hölzer und Kleinhändler zu wirken; auch würde der im Entwurf des Gesetzes vorgesehene Verkauf von Butter und Margarine in getrennten Räumen schädigend auf die Erwerbsfähigkeit jedes einzelnen Verkäufers eingreifen.“

Ueber die Sitzung des Kartells erstattete Genosse Bölsch Bericht. Für die in Streit befindlichen Konfektionsarbeiter wurden 10 Mt. aus der Vereinskasse bewilligt. Bezüglich der Maskei wurde beschlossen, wenn es irgend angeht, wenigstens am Nachmittage des 1. Mai die Läden zu schließen. Des Weiteren eröffnete die Vereinsversammlung eine lebhafteste Diskussion über die Einkaufskommission und ihre Thätigkeit. Diese Diskussion wird in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden.

**Der Heberfall,** welcher am Dienstag in der Lindenstraße gegen den Lageristen B. verübt wurde, hat bereits insofern seine Aufklärung gefunden, als ein Arbeiter als der muthmaßliche Thäter verhaftet wurde. Der betr. Arbeiter ist mit B. in demselben Geschäft thätig gewesen und glaubte sich durch B. benachtheiligt. Es liegt also nur gemeine Rache vor.

Wegen Mißhandlung ist gegen mehrere Murschen, die am Mittwoch voriger Woche einen durch Krempeisdorf fahrenden Radler gemeinschaftlich mißhandelt haben, Untersuchung eingeleitet.

**Haushalt.** Der Haushaltsplan der Stadt Radeburg pro 1896/97 beträgt in Einnahme und Ausgabe 85 242,83 Mt.

**Hamburg.** Der frühere Privatsekretär des Rechtsanwalts Friedmann, von Langen, wurde hier verhaftet. Er soll in die Claussensche Betrugsaffäre verwickelt sein und wird wahrscheinlich nach Berlin überführt.

**Hamburg.** Falsche Reichsmünzen sind in letzter Zeit vielfach in Verkehr gebracht worden, hauptsächlich Ein- und Zweimarkstücke. Mittwoch Abend spät hat der Kriminalbeamte Ackermann in einem Wirtschaftskeller auf dem Neuen Steinweg drei Personen verhaftet, die verdächtig sind, in letzter Zeit falsche Ein- und Zweimarkstücke angefertigt und in den Verkehr gebracht zu haben. Es ist erwiesen, daß die Drei, Leute im Alter von 20 bis 24 Jahren, in verschiedenen Wirtschaften, bei Krämern und Bäckern beim Wechseln von Goldstücken die Falskate unterschoben. Ein Wirth am Zeughausmarkt hat das Manöver entdeckt. Uebrigens ist gestern in Felbers Café am Steindamm wiederum ein falsches Markstück mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1887 vereinnahmt und an die Polizeibehörde abgeliefert worden.

**Schwerin.** Agrarischer Boykott. Auf der zu Grevesmühlen abgehaltenen Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe wurde das in Wismar herausgegebene „Mecklenb. Tgbl.“ auf Anregung des Vorsitzenden Reding-Gr. Walmisdorf in Verzug erklärt, weil dasselbe einen Artikel der „Magdeb. Ztg.“ über die letzte Allgemeine Versammlung des Bundes in Berlin abgedruckt hat.

**Harburg.** In einen Streik eingetreten sind Dienstag-Morgen die hiesigen Steinfeger. Dieselben fordern einen Lohnsatz von 48 Pf. pro Stunde gegen bisher 40 Pf. Die Meister haben sich erboten, 45 Pf. pro Stunde zu zahlen, eine Einigung ist jedoch nicht erzielt.

Die Zahl der Ausständigen beträgt 14. Nur zwei von sämtlichen Steinfegern haben sich dem Streik nicht angeschlossen.

**Harburg.** Wegen Beleidigung der hiesigen Polizeidirektion wurde der Bäcker Gen. Kretschmer aus Hamburg zu 10 Tagen Gefängniß und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

## Neueste Nachrichten.

**Rattowitz (Oberschlesien).** Das Unglück auf der Grube Kleophas ist größer, als ursprünglich angenommen wurde. Nach der offiziellen Liste wurden bis jetzt 86 Tode heraufbesördert; noch etwa 20 Tode befinden sich, der allgemeinen Annahme zufolge, in der Grube. 23 Pferde sind erstickt. Der Brand dauert immer noch fort. Die Verwaltung hat sofort Anordnungen getroffen, daß bis zu 50 pCt. der monatlichen Unfallrente vorschußweise an die Hinterbliebenen gezahlt werden. Außerdem ist eine erhebliche Erhöhung der gesetzlichen Unfallrente in Aussicht genommen. Ferner wurden aus öffentlichen Mitteln Fonds gebildet, um besonderen Bedürfnissen abzuhefen.

## Briefkasten.

N. B. C. § 153 der Gewerbe-Ordnung lautet: Wer Andere durch Anwendung überlischen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen verucht, an solchen Verabredungen (zwecks Einstellung der Arbeit, Erlangung günstiger Lohnbedingungen, Red.) theilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern sucht, wird mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. — Von der Ablieferung der Werkzeuge sagt sowohl das Gesetz als auch der Kommentar, welcher uns zur Verfügung steht, nichts; doch soll es gebräuchlich sein.

Einlegel. Das venetianische Volk.

## Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

| Haus:             | Bisheriger Besitzer:                        | Einschl. Mt.: | Termin:   |
|-------------------|---|---------------|-----------|
| Mühlentstr. 95    | Rupnan, H. J. H.                            | 52 000        | 11. März. |
| und 93            | Rupnan, H. J. H.                            | 4 000         | 11. "     |
| Mühlentstr. 91/11 | Rupnan, H. J. H.                            | 5 000         | 11. "     |
| N. d. Mauer 148   | Krft, J. H. C.                              | 9 000         | 11. "     |
| Schüttenstr. 37   | Krft, J. H. C.                              | 12 000        | 11. "     |
| Hansastr. 73      | Tittgeneyer, C. H. K.                       |               |           |
| Braunstr. 11      | Wwe., geb. Schäfer,                         | 38 000        | 11. "     |
| Schützenstr. 39   | Krft, J. H. C.                              | 6 500         | 11. "     |
| Marlesgr. 53      | Schmidt, H. J. F., u. Ehefrau, geb. Eggert, | 2 400         | 11. "     |
| Friedenstr. 23    | Krft, J. H. C.                              | 7 000         | 18. "     |
| Hilfstraße 110    | Bandholz, H. J. Th.,                        | 25 000        | 25. "     |
| Lindenstr. 56     | Miß, M. D., u. Ehefrau, geb. Raugold,       | 7 000         | 25. "     |
| Koelistr.         | Togelst, K., u. Ehefrau, geb. Raugold,      | 180           | 25. "     |
| N. Petersgr. 14   | Koch, J. H. C.                              | 1 600         | 1. April. |

Die Versteigerungen finden Mittags 12 Uhr im Gerichtsgebäude, Mengstraße 23, Zimmer Nr. 22, statt.

Durch Vermittlung des Maklers Johs. Fischborn wurde das Grundstück, Ewilerstraße Nr. 10, von Rentier Herm. Dose an Carl Balzer verkauft.

## Strasshang-Viehmarkt.

Hamburg, 5. März.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugelöhrt wurden 840 Stück, davon vom Norden — Städt. vom Süden — Städt. Preise: Verkaufsschweine schwere 41—43 Mt., leichte 40—42 Mt., Sauen 35—39 Mt. und Ferkel 38—41 Mt. pr 100 Pfd.

**Angelohrene und abgegangene Schiffe zu Travemünde.**  
 Angekommen:  
 Donnerstag den 5. März.  
 1,35 N. D. Fehmarn, Schacht, von Fehmarn in 3. Std.  
 Freitag den 6. März.  
 5,20 N. D. Stadt Lübeck, Krause, von Memel in 52 Std.  
 Abgegangen:  
 Donnerstag, den 5. März.  
 11,15 N. D. Falk, Ehler, nach Fehmarn.  
 3. N. D. Livadia, Bendsfeld, nach Narhus.  
 6,45 N. D. Lübeck, Hultman, nach Kopenhagen.  
 Freitag, den 6. März.  
 8,10 N. D. Thor, Rabien, nach Nachskow  
 Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. W: 6,05 m  
 WSW, mäßig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unsere Fräulein W. B. to sin 23. Weegenfesten donnerdes Hoch dat sich dat Sus Emilienstrat 10 dreit.  
 Ob he woll gobes Getränk besorgt hett?  
 Mehrere Fräulein ut dat Stadtviertel.

Zum 1. April eine Stube zu vermieten. Marlesgrube 55/9.

1 möbl. Stube zu vermieten (Woche 2 Mt.) Wakenitzmaner 150.

Eine Putzarbeiterin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Alshelde 5.

**Ferkel**  
 stehen zum Verkauf bei J. Ahrens, Rensfeld.

Uhren reinigen. 1,50,  
 Federn einsetzen. 1,50,  
 Uhrgläser 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
 Uhrmacher,  
 Hügelstraße 32.

**Hohe und geröstete Kaffees, hochfein von Geschmack,**  
 Pfund 1,10—1,50 Mark.  
**Pa. türkische Pflaumen, Pfund 20, 25 und 30 Pfennig.**  
**Vakobst, Hülsenfrüchte, Garten- und Feld-Sämereien.**  
**Wein- und Spirituosen-Niederlage** von Jac. Ludw. Bruhns & Sohn hier selbst.  
 sowie sämtliche Colonialwaren zu den billigsten Preisen empfiehlt  
**Mühlenstraße 67. Emil Hass. Mühlenstraße 67.**

**Die Schweineschlachterei**  
 von  
**W. Strohsfeldt**  
 73 Glockengießerstraße 73  
 empfiehlt:  
 Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Karbonade, Pfd. 60 Pf.  
 Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.  
 Leber-, Braunschweiger, gefochte, geräuch. Pechwürst, Pfd. 60 Pf.  
 Dicke Rippen, Pfd. 55 Pf.  
 Pa. Flohmenschmalz, Pfd. 60 Pf.  
 Ochsenfleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Kalbfleisch, Pfd. 30 Pf.  
**Nur hiesige Waare.**

**Schweizer Käse**  
 weich und schön im Geschmack  
 80—100 Pfg. pr. Pfd.  
 empfiehlt  
**Th. Storm, Königstr. 98.**

Feine Bratenstücke, Prima Beefsteak, Rauchfleisch, ger. get. und frische Leberwürst empfiehlt bestens  
**H. Wulff, Fischergrube 10.**  
 Schönes frisches  
**Bratenschmalz**  
 Pfund 40 Pfg.  
 empfiehlt  
**Aug. Scheere**  
 Holstenstraße 27.  
 Kalbfleisch Pfund 30 Pf.  
 Schweinefleisch „ 50 „  
 empfiehlt die  
**Schlachterei von W. Carstens**  
 Weierstraße 13.

**38 Marlesgrube 38**  
 Mein reichhaltiges Lager in  
**Herrn- und Knaben-Garderoben**  
 Konfirmanden-Anzüge  
 hochfein, schon von 9 Mt. an, sowie  
**Fußzeug**  
 hatte den Arbeitern Lübecks und Umgegend angelegentlich empfohlen. Durch Ersparniß großer Ladenmiete bin ich in der Lage, billiger als jede Konkurrenz verkaufen zu können.  
**Bitte um Besichtigung!**  
**Kein Kaufzwang!!**

**Stoffers Gasthaus**  
 Deponau 27.  
**Gutes kräftiges Mittagessen**  
 à Person 50 Pfg.  
 Abends von 6 1/2 Uhr an warmes Abendessen à Person 30 Pfg. Ausschank von Hansa-Bier.  
**Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft**  
**Fischergrube 52**  
 empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

# Confirmanden-Anzüge!

aus dunkel gemusterten Stoffen à 8.50, 11.50, 13.— und 14.75 Mk.  
 aus guten, dauerhaften Satins, Cheviots und Kammgarnen à 16.50, 18.— und 19.50 Mk.  
 aus allerfeinsten Stoffen und in hochleganter Verarbeitung à 21.—, 24.50 und 28.— Mk.  
**Anfertigung nach Maß unter Garantie des Gutes.**  
 Dauerhafte Stoffe. Sehr billige Preise. Reelle Bedienung.

## Gehr. Vandsburger, Lübeck.

Nur allein 10 Holstenstraße 10. Nur allein.

# Berliner Damen- und Kinder-Mantelfabrik

79 Breitestrasse. **Hugo Berju.** Breitestrasse 79.

Sämmtliche Neuheiten für die

# Frühjahrs- und Sommer-Saison

sind in enorm großer Auswahl vom billigsten bis zum elegantesten Genre eingetroffen.

## Konfirmanden-Regenmäntel und -Jackets

in allen Größen und Preislagen.

**Verkauf zu billigsten, aber streng festen Preisen.**

## Confirmanden-Anzüge Jackett- u. Gehrock-Anzüge

### Sünglings- und Knaben-Anzüge

moderne Stoffe, eleganteste Facons, billigste Preise,  
empfehlen

**Louis Levy,** Klingenberg 5,  
Ecke Marlesgrube.

**Ausrüstungs-Magazin**  
für Kellner, Schlachter, Maurer, Schlosser u. s. w.

## Taback, Cigarren und Cigaretten

in allen Preislagen, sortirt und gut abgelagert,

sowie Rauchtaback in großer Auswahl.

Mühlenstraße Nr. 67. **Emil Hass.** Mühlenstraße Nr. 67.

## Lübecker 50 Pf.-Bazar

Neu eingetroffen:

## 300 Kinderwagen

das Neueste und Geschmackvollste  
zu hervorragend billigen Preisen.  
Kupferschmiedestr. 11. Mengstr. 18.

Frische Land-Eier, 5 Stück 30 Pf.  
Frische Meiereibutter, Pfd. 1.10 Mk.  
ff. Margarine, Pfd. 60, 65 u. 70 Pf.  
Ger. Landmettwurst, Pfd. 1 u. 1.20 Mk.  
Sott. u. bursch. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pf.  
ff. Tilsiter Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pf.  
ff. Schmalz, Pfd. 45 und 55 Pf.  
ff. Griebenenschmalz, Pfd. 60 Pf., empfiehlt  
ff. eingemachte Kirschen, Pfd. 30 Pf.  
J. C. W. Bloss, J. F. D. Göke Nachf.,  
Stupfeschmiedestraße 7.

Alte und neue Betten.  
34 Marlesgrube 34.

## Allerfeinste Tafelbutter

Pfund 1.10 Mk.

Sofbutter Pfd. 1 Mk.

ganz frisch

## Butterhandlung

von

**Th. Storm, Königstr. 98.**

## Club Fidelitas.

Sonntag, den 8. März

## Gesellschafts-Abend

in der Tivoli-Halle.

Aufang 6 Uhr Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.  
Eingang Gewerkevereinssaal.

Der Vorstand.



Wir empfehlen unsere nur aus Hopfen, Malz, Sa  
und Ziebrunnen-Wasser hergestellten

## Biere in Flaschen

mit Patent- oder Siegel-Verschlus.

Die Vortheile des Siegel-Verschlusses sind  
Größte Reinlichkeit. Absolute Dichtigkeit  
Bierverfälschung unmöglich. Leichtes gefahrloses Öffnen  
Hochachtungsvoll

Lübeck 1896.

**Hansa-Brauerei.**

## Hamburger Caffee-Lagererei

von

## Ferd. Schreiber

12 obere Johannisstrasse 12.

Der Einkauf meines Caffees geschieht durch ein bedeutendes Hamburger  
Caffee-Importhaus und wird so direct, ohne weiteren Zwischenhandel in den  
Consum überführt.

Künstliche Zähne, Reinigen,  
Plombiren und Zahnanziehen.  
C. Monica, Fischergrube 51.

## F. M. & Co.

Sonnabend Abend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Oeffentliche Versammlung

der  
Hafenarbeiter Lübeds  
am Sonnabend den 7. März 1896

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,

im Berliner Hof.

Tages-Ordnung:

1. Die Lohnreduktion und die Herabsetzung der  
Arbeitspreise bei der Firma Th. Buss u.
2. Diskussion.

Der Einberufer.

Allgemeiner Arbeiter-Verein  
zu Moisling und Umgegend.

## Vereins-Versammlung

am Sonnabend den 7. März,

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,

im Lokale des Herrn Seele

Tages-Ordnung:

1. Die Alkoholfrage (Referent Otto Friedrich)
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht,  
Der Vorstand.

## Stadttheater in Lübeck

Sonnabend den 7. März:

103. Abonnements-Vorstellung. 1. Serie: Gr  
(Die 102. Ab.-Vorst. findet Sonntag statt.)

26. volkst. Vorstellung zu ermäßigten Preisen

Benefiz

für Frä. Gertrud Wach

Das Käthchen von Heilbronn

Käthchen — Frä. G. Baehr.

## Die badische Fabrikinspektion.

Der Chef der badischen Fabrikinspektion, Dr. Wörishoffer, ist mit seinem Amtsberichte für das Jahr 1895 wieder der erste auf dem Plane und der Bericht selbst steht an sozialpolitischem Werth nicht hinter seinen Vorgängern zurück. Die badische Fabrikinspektion erfährt nun auch eine Erweiterung, indem dieses und auch das nächstfolgende Jahr je ein weiterer Beamter angestellt wird. Bei 5796 Betrieben fanden 1312 Revisionen statt, wozu bemerkt wird, daß die großen Betriebe jährlich mindestens einmal besucht werden und daß bei ihnen nicht selten Anlaß zu wiederholtem Besuche vorhanden ist.

Die Revisionsstätigkeit der Ortspolizei-Behörden, namentlich der ländlichen, ist gleich Null und die Haltung der Staatsanwaltschaften und Gerichte gegenüber der kapitalistischen Gesetzesverächtern geradezu bedenklich. Entweber wird Klage gar nicht erhoben, oder es erfolgt Freispruch oder aber eine so geringfügige Geldbuße, daß sie vielfach den Betrag nicht übersteigt, der als Gebühr für die Bewilligung von Ueberzeitarbeit hätte entrichtet werden müssen.

„Kein Wunder daher, daß ein Fabrikant in verhältnißmäßig kurzer Zeit dreimal die Uebertretung des Gesetzes feiert. Die Steigerung der Strafen war eine sehr mäßige. Daß bei der Strafmessung auch die durch die Gesetzesverletzung entstandene Bereicherung nicht in Betracht gezogen wird, ist bei einem großen Theile der Verurtheilten ohne weiteres einleuchtend. Unter allen Umständen sollte aber die Strafe größer sein, als die nicht zu ängstlich vorzunehmende ungefähre Abschätzung der eingetretenen Bereicherung. Wenn Strafen wirksam sein sollen, müssen sie empfindlich sein und den Ernst der gesetzlichen Gebote zum Bewußtsein bringen.“

Den heillosen Volksklassen und den Sozialdemokraten gegenüber ist dies nur zu sehr der Fall, gegen sie werden wegen jeder Lappalie harte Strafen verhängt. Daß dies nicht auch den Kapitalisten gegenüber geschieht, zeigt uns eben den Klassenstaat und die ihm entsprechende Justizpflege.

Ueberaus charakteristisch für die Auffassung, welche die Staatsanwaltschaften mitunter von ihrer amtlichen Stellung und ihren Pflichten haben, ist ein Fall von Arbeitermißhandlung, der im Berichte mitgeteilt wird. In einer Badeapparatenfabrik wies ein Aufseher einen Arbeiter an, einen schweren Gegenstand von einer ungeschickten Stelle aus in die Höhe zu heben. Als der Arbeiter sich im Hinblick auf die ihm drohende Gefährdung weigerte, dem Befehle Folge zu leisten, erhielt er von dem Aufseher eine Anzahl so kräftiger Ohrfeigen, daß eine Zerreißung des Trommelfells und eine Verminderung des Hörvermögens des Arbeiters entstand. Die Staatsanwaltschaft lehnte die Erhebung einer öffentlichen Anklage ab, da der Arbeiter schon früher schwerhörig gewesen sei und im Uebrigen ein öffentliches Interesse als Voraussetzung der Verfolgung auf Grund des § 223 des Reichsstrafgesetzbuches nicht vorliege. Dr. Wörishoffer hat dann mit Erfolg Schritte gethan, welche die Weisung an die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zur Folge hatten.

Das Erzwingen derartiger Ueberanstrengungen führt erfahrungsgemäß eine große Zahl von Bruchschäden herbei. Die Schädigung der Gesundheit zahlreicher Arbeiter durch solche brutal erzwungene Ueberanstrengungen berührt aber zweifellos ein öffentliches Interesse. Der Aufseher wurde in eine Geldstrafe von 40 Mk. verurtheilt.

Auch von fortgesetzten Mißhandlungen von Arbeiterinnen durch Aufseher wird berichtet. In einer großen Anlage für Seilfabrikation traten sie aus unbedeutendem Anlasse ein, sobald z. B. an Maschinen eine kleine Unregelmäßigkeit vorkam. Die Arbeiterinnen wurden mit beiden Händen am Halse geschüttelt und mit dem Kopfe an die Maschinen gestoßen, sie erhielten Ohrfeigen, wurden in das Genick geschlagen, an beiden Ohren gepackt und herumgezogen, bekamen Fußtritte u. In einem Falle wurde auch ein Mädchen so mit dem Arme in die Maschine gezogen, daß eine Verletzung der Hand entstand. In fünf Fällen waren Klagen vor dem Amtsgerichte erhoben worden. Sie endeten mit Vergleich, wobei der Aufseher 10—15 Mk. Entschädigung bezahlte und die Kosten übernahm.

Würdig dieses gemeinen Subjektetwas von einem Aufseher ist auch sein „Vordröber“. Als nämlich der Fabrikinspektor versuchte, den Aufseher durch eine Aufseherin ersetzen zu lassen, erklärte er, keinen Anlaß zur Entfernung des „pflichttreuen“ Aufsehers zu haben. „Eine genügende Abhilfe würde sich in solchen Fällen nur erwarten lassen, meint der Bericht, wenn die Arbeiterinnen in jedem Falle von Mißhandlung den Schutz der Behörden anrufen würden, was sie aus Furcht vor Entlassung nicht thun. Die Fabrik berief sich auch hier wieder auf das niedere sittliche Niveau der Arbeiterinnen. Da sie schon früher ein Gesuch um Bewilligung ausgedehnter Ueberarbeit in ähnlicher Weise begründet hatte — die Ueberarbeit sollte auch dazu dienen, die Unsitlichkeit zu verhüten — so sind solche Urtheile nur mit großer Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls dienen Mißhandlungen in Verbindung mit Ueberarbeit nicht dazu, das moralische Selbstgefühl, welches doch die Grundlage jeder Sitlichkeit ist, zu heben.“ — Das ist schon höhere kapitalistische Gaunerei und es wäre sehr wünschenswerth, daß unsere badische Parteipresse Näheres über den betreffenden gewissen- und charakterlosen Unternehmer und seinen Aufseher ermittelte, denn die Urheber solcher empörender Gegenwartsbilder gehören an den Pranger!

Aus dem, was über den Verkehr des Fabrikinspektors mit den Unternehmern gesagt wird, ist erwähnenswerth die häufige Erklärung von Unternehmern bei festgestellter Nichtbeachtung aller neuen Vorschriften, sie hätten mit dem Vollzuge warten wollen, bis bei ihnen revidiert würde! Von den Handelskammern reimpelte im letzten Jahre nur noch die Pforzheimer die Fabrikinspektion an. Für den Verkehr mit den Arbeitern wurden bei Aufenthalt des Fabrikinspektors an einem Orte Sprechstunden eingerichtet (auch die Schweizerische Fabrikinspektion kennt

diese Einrichtung) und in den Amtsblättern bekannt gemacht. Es fanden sich hierzu aber an manchen Orten gar keine Beschwerdeführer ein, an anderen nur eine oder zwei Personen: am lebhaftesten war die Betheiligung in Mannheim und Freiburg. Da sich die Arbeiter beschwerten, daß die Bekanntmachungen der jeweiligen Sprechstunden nicht auch in den von ihnen gelesenen Blättern veröffentlicht wurden, befürwortet nun der Bericht, in dieser Beziehung entgegenzukommen.

Sehr zeitgemäß ist die Anregung, den gesetzlichen Arbeiterschutz auf die Hausindustrie auszudehnen und die Arbeiterschutzgesetzgebung auf internationale Vereinbarungen zu basieren.

Als Beweis dafür, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung die Entwicklung und fernere Ausbreitung der Industrie nicht hindert, wie dies tendenziöserweise so oft behauptet wird, können wieder die Zahlen gelten, welche über die Vermehrung der Arbeiterkraft mitgeteilt werden. Dieselbe zählte 1894 142746 in 5798 Betrieben und 1895 150265 in 5976 Betrieben. Leider haben sich auch die jugendlichen Arbeiter und die verheiratheten Arbeiterinnen vermehrt, und zwar erstere um 521 (sie zählen 11833) und letztere um 904 (11782); die jugendlichen Arbeiter zeigen im Verhältniß zur Gesamtarbeiterkraft einen kleinen Rückgang (von 7,93 auf 7,88), die verheiratheten Arbeiterinnen dagegen eine relative Zunahme von 27,06 auf 27,84 Prozent. Kinder sind 150 beschäftigt, um 10 weniger als 1894.

Die Betriebe in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, haben sich von 1774 im Jahre 1894 auf 1849 in 1895 vermehrt. Die Zahl der Betriebe, in denen Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt werden, vermehrte sich von 1694 auf 1725, die Zahl der Arbeiterinnen um 2160.

Auf die Ursachen der Vermehrung der jugendlichen Arbeiter, der Arbeiterinnen, insbesondere der verheiratheten, tritt der Bericht nicht ein, dagegen zieht er daraus den gegebenen Schluß, daß die gesetzlichen Beschränkungen und schärferen Bestimmungen der Arbeiterschutzvorschriften die ausgedehntere Verwendung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskraft nicht behindert haben. Im Uebrigen wird diese Vermehrung als eine unerfreuliche bezeichnet, und zwar mit Recht, geht doch aus ihr die bestimmte Tendenz hervor, immer mehr mit der billigen Arbeitskraft der jugendlichen Arbeiter und verheiratheten Arbeiterinnen an Stelle der männlichen Arbeitskraft zu produzieren.

Mit der Beachtung und Durchführung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen steht es noch recht unbefriedigend, selbst nach dem vorliegenden Berichte, wobei im Auge zu behalten ist, daß ein großer Theil — vielleicht sogar der größte Theil — der Gesetzesverletzungen gar nicht einmal zur Kenntniß des Fabrikinspektors gelangt.

In der Pforzheimer Bijouterieindustrie wird noch immer wie früher am Montag die Fabrik für die Arbeiter gar nicht geöffnet oder schon um 4 Uhr Nachmittags Freierabend gemacht, dagegen an den anderen Tagen mit und ohne behördliche Erlaubniß über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet und an Sonntagen

## In der Hochfluth.

Novelle von E. Zoeller-Lionheart.

(8. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Allmählich, ganz allmählich verzehrte sich der marthlose Körper, löste er sich in ein körperliches Nichts auf. Wie ein Kind eine Puppe, konnte sie die federleichte Gestalt in ihre Arme nehmen und auf die Ofenbank tragen, um sie frisch zu betten; und wie der Kindergeist nur halb-bewußt hier auf Erden weilt, so entschwebte er der lethargischen Alten mehr und mehr, bis eines Tages das Ueberweil ganz und gar abgelaufen war.

Die alte Prophezeiung — „kein Stein — kein fester Boden — Alles sinkt, sinkt — versinkt!“ — klangen irrsinnig in entsetzlicher Furcht die Lippen, dann streckte sie die blinden Arme angstvoll in die Luft, als wollte sie sich an irgend etwas da Halt suchend anklammern. Ein furchtbarer Jammer malte sich in den verzerrten Zügen, eine Angst, als sank sie in bodenlose Tiefe; dann ward alles still, stumm, steif.

Es war vorbei!

Und daneben in ihrer Wiege schrieen, bis sie kirschroth wurden, die lebenskräftigen Zwillinge herzhaft, die sich instinktiv, mit den Fäustchen gegen einander Platz schafften. Sie strampelten und wühlten so energisch mit Armen und Beinen, daß die altersbraune Holzwiege mit dem Violinausschnitt zu Häupten so ins Schwanken gerieth, daß sie der stillen Todten am Ende wohl aufs Angeficht gekippt wäre, hätte Lene es durch schnelles Zugreifen nicht verhindert.

Gedankenvoll blickte sie darauf hin; hier in der gestreckten Gestalt das ausgerungene schwere Dasein, dort das schon um seine Daseinsberechtigung den Kampf beginnende Leben der wie nackte Sperlinge die Kehle aufreißenden Zwillinge.

Lohnte sich die trübe, eintönige Sache, die man Leben nennt, überhaupt für die Anstrengung, es gegen äußere Gefahr zu schützen?

Lene hatte ja im vollsten Maße seit Wochen ihre Pflicht gethan; selbst die fauertöpfische Schwägerin mußte das zugeben. Fühlte sie sich glücklicher, innerlich befriedigter dadurch? Nagte es nicht innerlich an ihr? Sie wußte nicht, war's Sehnen hinaus aus dem geistes-tödtenden Einerlei oder nach einem bestimmten Gegenstand? War sie nicht traurig zum Sterben und wußte selbst kaum weshalb? Ihr Leben kam ihr so fremd und nutzlos, so ganz vergeblich vor; denn das Nähen und Arbeiten hätte gerade so gut jede andere hier besorgen können. Sie gehörte als Nothwendigkeit zu keines Menschen Leben. Es machte sie, die immer schärfer sah, aus reizbarem Gemüth schwermüthig und trübe.

Zur Kirche hatte sie sich nach jenem Sonntag nicht wieder hingetraut, und da die Baronin gewöhnlich nach dem Gottesdienste mit ihren Gaben jetzt selbst vorsprach, hatte auch kein anderer Ursache, ihr den Weg zur Hütte dienstbesessen abzunehmen.

Auch die Spenden vom Müllerhof brachte längst der Knecht, und kein befreundetes Gesicht kam der Rathe seit Wochen mehr nahe.

Lene war blaß geworden in der Krankenküche, aber nicht minder schön. Vielleicht verdiente sie jetzt mehr denn je den bewundernden Ausruf Aze's. Madonnenhafter denn je blickte das stille, süße Gesicht kindlich unter dem blonden Haare hervor, das sie jetzt schlicht und keusch einfach zu scheiteln und im Nacken in dicken Zöpfen aufzustecken pflegte.

„Ich bin ja kein Kind mehr, für das Hängezöpfe passen, nächsten Monat neunzehn Jahre,“ sprach sie dann seufzend vor sich hin, und das lange, lange Leben dehnte sich endlos und üde vor ihren schwermüthig brütenden Sinnen aus.

Eine Unterbrechung, ein Heraus aus dem entsetzlich ertödtenden Einerlei, — danach schrie ihre Seele schier in Verzweiflung, und der Wunsch fand Gehör. Die Alte starb endlich, und die Hütte ließ sich mit schwabenden, neugierigen Nachbarn und Gevattern. Das waren aber nicht die, die Lene sich wohl herbeigesehnt; denn sie empfand keinerlei Befreiung aus dem dumpfen Druck auf Haupt und Herz.

„Wie bringen wir sie nur unter die Erde? Wirft wohl zur Gnädigen gehen müssen und betteln, Lene!“ sprach der Stellmacher mürrisch vor sich hin. Er hatte für Lene schon längst kein freundliches Wort mehr, sagte nur das Nothwendigste, ohne sie anzusehen, und spuckte oft ingrimmig mitten in die Stube dabei, als errege ihr bloßer Anblick ihm Gift und Galle. Der Mann arbeitete hart und sorgte sich schwer. Er war ein ehrlicher Kerl, der den im Raufsch begangenen Leichtsin durch die Heirath mit einem blutarmen Mädchen gut gemacht und ihre verkommene Sippe dadurch mit übernommen hatte. Er hatte für Lene und die Großmutter so lange geschafft, wie sie seiner bedurften, und er trug es seiner Schwester bitter nach, daß sie, die es nur ein Wort kostete, seiner Noth nicht ein Ende machte.

Von seinem Schwager hätte der Mann seelenruhig jede Hilfe angenommen, aber es wurmte ihn, daß er von dem, der einstens sein Kamerad gewesen und ihm gleich stand, nun abhängig gemacht war durch eine Schuld, die er doch nie und nimmer abtragen konnte.

Lene hand sich schon stillschweigend ein Tuch um, um den schweren Bettelgang anzutreten, da kam's über den schmalen Steg gezogen; der Müllerknecht voran und dann der schwarze, ominöse Kasten zwischen ihm und dem andern Knecht, um den sich eben noch die schweren Sorgen gedreht hatten.

„En Empfehlung von mien Madaming, un se schickt det letzte beten vor ehr Großing,“ und damit war der

die gesetzliche Bestimmung, wonach um 5 1/2 Uhr Feierabend sein soll, vielfach mißachtet. In einer Bijouteriefabrik wurde einmal bis Nachts 3 Uhr, fünfmal bis Nachts 12 Uhr, ebenso oft bis 11 1/2 Uhr und einmal bis 10 Uhr gearbeitet, und für diese brutale und planmäßige Gesetzesverletzung der Fabrikant nur mit 35 Mk. bestraft! Das ist ein blutiger Hohn auf eine gerechte Justizpflege und Durchführung der Arbeiterschutzesgesetzgebung.

Insgesamt wurden in 93 Betrieben Zuwiderhandlungen gegen das Arbeiterschutzesgesetz ermittelt, aber nur 13 Personen wurden deshalb bestraft. Im Klassenstaat werden die Glieder der besitzenden und herrschenden Klassen sehr nachsichtig behandelt, die Behörden drücken ihnen gegenüber sehr häufig alle beide Augen zu, und wenn sie strafen, so verlieren sie dabei den Humor nicht — denn die Bestraften müssen auch lachen über die „Strafen“.

Ueberzeitbewilligungen wurden 410 an 201 Betriebe für 326 Arbeiterinnen und mit 146 338 Stunden gestattet gegen 418 Bewilligungen an 201 Betriebe für 633 Arbeiterinnen und mit 147 999 Stunden im Jahre 1894, so daß eine Verminderung eingetreten ist; da aber die Zahl der Ueberstunden sich nur um 1666 vermindert hat, die Zahl der beteiligten Arbeiterinnen hingegen um fast die Hälfte, nämlich um 295, so folgt daraus eine bedeutendere Inanspruchnahme und Ueberanstrengung derselben, die eine sozialpolitische Verschlechterung bedeutet.

Den Arbeitseinstellungen und der Arbeiterbewegung überhaupt wird ein besonderes Kapitel gewidmet, bei dem von Interesse ist die Beurtheilung der Unternehmerfeindschaft gegen die Arbeiter-Organisationen. Es heißt da u. A.:

„Aus allen diesen theils vollzogenen, theils in Bildung begriffenen Veränderungen geht aber wenigstens so viel hervor, daß es vielen Arbeitgebern bei der Bekämpfung der sozialdemokratischen Organisationen gar nicht auf das ankommt, wodurch sie sich von allen andern Reformbestrebungen so scharf unterscheiden, sondern auf den Gebrauch, den die Arbeiter von dem Rechte machen, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu vereinigen.“

Das haben die Sozialdemokraten schon oft gesagt, aber es wurde ihnen gegenüber die Wichtigkeit der Behauptung bestritten. Nun ist der badische Fabrikinspektor auf Grund seiner Beobachtungen und Erfahrungen zu ganz demselben Urtheil gelangt, das auch die Gegner wohl oder übel als zutreffend werden anerkennen müssen.

Aus den Betrachtungen über die Wohlfahrtseinrichtungen erhellt, daß die große Begeisterung für dieselben seitens Dr. Würschhoffers etwas erkaltet und er die Kritik der sozialdemokratischen Presse nicht mehr, wie früher, zurückweist. Gute Arbeitsverhältnisse, freie Bewegung der Arbeiter außer der Arbeit, genossenschaftlichen Zusammenklusß derselben scheinen nun auch ihm einen höheren wirthschaftlichen und sittlichen Werth für die Arbeiter zu haben, als mehr oder weniger patriarchalische „Wohlfahrtseinrichtungen“, gepaart mit schlechten Arbeitsverhältnissen und Terrorisierung der Arbeiter.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß nach dem Berichte ein Bezirksarzt (vermutlich in Schopfheim) in seinem

Bezirk die Sterblichkeit der Fabrikarbeit an der Lungenschwindsucht nach einem zehnjährigen Durchschnitt mit 50 pSt. festgestellt und ferner beobachtet hat, daß neuerdings diese Krankheit unter den Arbeitern einen ungeahnten Fortschritt mache. Der Bezirksarzt hält die Lungenschwindsucht, wohl neben anderen begünstigenden Momenten, für eine Ernährungskrankheit und als solche durch die soziale Stellung der arbeitenden Klassen begünstigt.

Ein ungeahntes Fortschreiten der Lungenschwindsucht in der Arbeiterklasse — das ist das Fazit der zehnjährigen deutschen Sozialreform, und da sind die Arbeiter immer noch unzufrieden!

## Soziales und Partei-Leben.

Die Forderung der **Altonaer Barbiergehilfen** auf Geschäftsklusß an Wochentagen (außer Sonnabends) um 9 Uhr und des Sonntags um 2 Uhr Nachmittags wurde in 117 Geschäften bewilligt; 23 Arbeitgeber lehnten sie ab.

Ein Kongreß aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen und -Gehtskinnen findet bekanntlich an den beiden Osterfeiertagen (5. und 6. April) statt.

Die provisorische Tagesordnung lautet wie folgt:

- I. Geschäftsbericht der Agitations-Kommission.
- II. Unsere Taktik.
- III. Unsere Forderungen:
  1. Unsere Stellung zur Versicherungs-Gesetzgebung.
  2. Sonntagsruhe.
  3. Einführung einer einheitlichen Geschäftsklusßstunde.
  4. Stellung der Handlungsgehilfen unter die Gewerbe-Ordnung.
  5. Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen.
  6. Weiterer Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung auf alle Handlungsgehilfen.
  7. Die Gehaltsfrage.
  8. Einführung einer Minimal-Mündigkeitsfrist.
  9. Unterstützung bezw. Versicherung gegen Stellenlosigkeit.
- VI. Unsere Presse.

Im Anschlusß an vorstehende Notiz eruchen wir alle Kollegen, welche bis jetzt zur Wahl von Delegirten noch nicht geschritten sind, dieselbe scheinigst nachzuholen. Die Wahlen sind entweder in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen oder durch Sammlungen von Unterschriften zu bewerkstelligen (in keinem Falle dürfen Delegirte in Vereinsversammlungen gewählt werden).

Die Namen der gewählten Kollegen bitten wir dem Kollegen August Penn, Berlin NO, Friedenstr. 46, mitzutheilen; an ihn sind auch alle den Kongreß betreffende Anfragen zu richten. Desgleichen bitten wir, möglichst bis 10. März, Vorträge und Resolutionen an seine Adresse einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Die Agitations-Kommission der Handlungsgehilfen Deutschlands

i. A.:

August Penn

Berlin NO., Friedenstr. 46 II.

In einem Generalstreik beabsichtigen die Steinhaner Berlins noch im Laufe dieser Woche, wie die „B.-B.“ meldet, einzutreten. Ihre Forderungen sind von den Steinmetzmeistern zwar zum großen Theile bewilligt worden, doch haben sie die in ihren Bunzlauer Brüchen thätigen Steinarbeiter mit ihren Ansprüchen abgewiesen, weshalb diese in einen Streik eingetreten sind. Die

des Schlosses tragend, in Begleitung ihres Erziehers eintreten.

Ihre kindlich neugierigen Blicke musterten erstaunt die lärmende Bauernversammlung, die kirchrothen, vom Rausch gedunsenen Bauerngesichter mit den stieren Augen, und Ugel, der impulsiv, immer mit dem Gedanken herausfahrende, wäre laut lachend herausgeplatzt, als der Hausherr, auf den Füßen schwankend, von der großen Ehre zu fallen begann, wenn ein drohender Blick seines Mentors ihn nicht zur Ruhe gezwungen.

So kämpfte er einen Moment verzweifelt mit der unwiderstehlichen Lachlust und preßte sein Watistuch vor das vibrirende Gesicht, während um des ersten Bruders Lippen ein Ausdruck von Widerwillen und um des jungen Lehrers schönschwungenen Mund ein spöttisches, verächtliches Lächeln zuckte, das deutlicher als Worte sprach: „Wie abscheulich ist die erzwungene Gemeinschaft mit der verthierten Gesellschaft hier, wie unnahbar vornehm stehe ich dazwischen.“ (Fortsetzung folgt.)

## Litterarisches.

„Die Röntgen'sche Entdeckung.“ Allgemein verständlich dargestellt von Dr. B. Borhardt. Mit 10 Illustrationen und einer von dem Röntgen'schen Verfahren aufgenommenen Photographie. Preis 30 Pfg. (Berlin S., Verlag von Hans Baake)

Der „Vorwärts“ schreibt über die Broschüre: „Der Verfasser hat es unternommen, nicht nur die neugefundenen Thatsachen mitzutheilen, sondern auch diejenigen physikalischen Begriffe und Apparate zu erläutern, welche für das Verständnis jener Thatsachen notwendig sind. Er hat dabei keine Kenntnisse bei seinen Lesern vorausgesetzt, um so jeden in die Lage zu bringen, sich ein Bild von der neuen Entdeckung und ihrer Tragweite zu machen. Er bespricht in einzelnen Kapiteln den Luftdruck und die Luftpumpe, den elektrischen Strom und seine Wirkung, die elektrische Induktion und den Funken-Induktor, die elektrischen Entladungen in verdünnten Gasen und die Kathodenstrahlen, die Entdeckung der Röntgen'schen Strahlen, die Photographie mit den X-Strahlen, den Nutzen der X-Strahlen für die Wissenschaft der Technik, die Natur der X-Strahlen. Betreffs leichteren Verständnisses sind 10 Figuren beigegeben, sowie die gelungene Abbildung einer Maus nach dem neuen Verfahren. Wir glauben, daß die leichtfäßliche Schrift viele Leser finden und ihnen auch mancherlei Anregung zu eigenem Nachdenken geben wird.“

Berliner Steinarbeiter erklären sich mit ihren Bunzlauer Kollegen solidarisch. In einer am Dienstag stattgehabten Versammlung wurde der Beschluß eines Generalstreiks bis Donnerstag hinausgeschoben. Die Lohnkommission will zunächst nochmals mit den Meistern verhandeln.

Die Schuhmacher-Aussperrung in Kopenhagen dauert nun schon 11 Wochen. Birta 450 Mann sind diese ganze Zeit mitten in der harten Winterszeit arbeitslos, weil sie es sich nicht gefallen lassen wollten, daß die Fabrikanten den Lohn um 10 pSt. herabsetzten. Es handelt sich um 14 Fabrikbesitzer, die schon den Vortheil eines sehr hohen Schutzzolles genießen und in wenig Jahren große Vermögen erworben haben. Es war Anfang Dezember, als dieselben einen Ring schlossen, um den Arbeitslohn noch mehr herabzudrücken. Sie hatten gehofft, daß die Arbeiter in dieser Jahreszeit würden nachgeben müssen, oder daß es leicht fallen würde, anderwärts Arbeitskräfte heranzuziehen. Glücklicherweise ist ihnen dies Letztere bis auf ganz vereinzelte Fälle nicht gelungen, und die Arbeiter sind durch die energische Unterstützung seitens der Fachvereine in der Lage gewesen, die schwere Prüfungszeit zu überstehen, obwohl die Fabrikanten es ihnen unmöglich gemacht haben, sich anderweit Geld zu verdienen. In den letzten vierzehn Tagen sind Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern gepflogen worden; sie sind resultatlos geblieben, weil die Unternehmer noch immer hoffen, der Arbeiter Herr zu werden. Darum ergeht auch an die deutschen Arbeiter der Schuhbranche hiermit wiederholt die Mahnung, den Kopenhagener Kameraden unverbrüchliche Solidarität zu bewahren.

## Aus Nah und Fern.

Dr. Bödel hat sich vom antisemitischen Geschäft, bei dem heutzutage doch nichts mehr zu holen ist, abgewandt und ist, nach der „Post“, Statistiker bei einer Aktien-Gesellschaft geworden.

Nachen. So knüpft an das fröhliche Ende der fröhliche Anfang sich an. Die bekannten Zeugen aus dem Prozeß Mollath, der katholische Geistliche Rheindorff und dessen Haushälterin Auguste Frießel, sind zum Protestantismus übergetreten, haben sich dann geheiratet und wohnen jetzt in Elberfeld.

Düsseldorf. Der Homöopath Dr. Volbeding, der im hiesigen „General-Anzeiger“ immer Dumme suchte, ist wegen großer Unregelmäßigkeiten in seiner ärztlichen Praxis verhaftet worden.

Mühlheim a. N. Ein hiesiges Ehepaar ist plötzlich irrsinnig geworden. Die allseitig als ruhig bekannten Leute hatten vor ihrer Erkrankung verdorbenen gemischten Thee getrunken und begannen hierauf unter entsetzlichem Bärm Alles zu zerstören. Das Gericht hat die strengste Untersuchung der Sache angeordnet.

München. In Bayern mehren sich die Fälle, in denen Eltern hart (1—3 Jahre Zuchthaus) unter Geltendmachung des Kuppel-paragraphen bestraft werden, wenn sie duldeten, daß der Geliebte oder Bräutigam der Tochter im Hause mit dieser verkehrte. Die Strafe trifft Einzelne, während Viele unter den gleichen Verhältnissen zu fassen wären. Vor dem hiesigen Landgerichte kam wieder ein solcher Fall zur Verhandlung. Ein Bediensteter hatte die Tochter einer Wittve unter dem Versprechen der Ehe verführt, das Mädchen aber sitzen lassen, als er merkte, daß sie nicht so viel Geld mitbekomme, wie er gedacht hatte. Der brave Mann ging hin und denunzierte die Mutter auch noch dem Staatsanwalt, daß sie seinen Verkehr mit der Tochter geduldet habe. Die Frau wurde wegen Kuppel angeklagt, aber freigesprochen, weil sich herausstellte, daß sie immer zu spät erst die Anwesenheit des Burschen entdeckt hatte und sich seiner thatsächlich nicht erwehren konnte. Der Staatsanwalt hatte ausgeführt, sie hätte die Hilfe der Polizei requiriren müssen! — Es ist höchste Zeit, daß dieser Paragraph des Strafgesetzbuches eine Abänderung erfährt.

Aus den „besseren Kreisen“. Das Landgericht in Wien verhängte den Konkurs über das Vermögen des Prinzen Franz Auersperg, derzeit unbekanntes Aufenthalts. — Aus Budapest wird vom 27. Februar gemeldet: Eine peinliche Geschichte macht hier von sich reden. Verschiedene Persönlichkeiten in höheren Stellungen haben heute Photographien eines Provisionsbriefes erhalten, welchen ein sehr angesehenener und in den politischen Kämpfen der letzten Jahre stark hervorgetretener ungarischer Graf ausgestellt und welchen sein Sohn mitunterschieden hat. In diesem Provisionsbriefe wird einem Advokaten die Summe von 600 000 fl. für den Fall versprochen, daß es ihm gelingt, dem jungen Grafen eine amerikanische Erbin mit einer Mitgift von mindestens drei Millionen Dollars zu verschaffen. In einem zweiten Briefe wird erklärt, daß die beiden Grafen auf ihr gräßliches Ehrenwort darauf verzichten, von dem Einwande der turpis causa im Falle einer gerichtliche Klage Gebrauch zu machen. In einem gedruckten Begleitschreiben wird erzählt, daß die Partie beinahe zu Stande gekommen wäre, da hätten Vater und Sohn den Versuch gemacht, sich mit der amerikanischen Familie auseinanderzusetzen, um den Vermittler um die Provision zu pressen. Daran scheiterte die Partie, so daß die beiden Grafen ohne Braut heimfuhren und in Folge dessen auch der Advokat um die Provision kam, zu deren Erreichung er schon manches Geldopfer gebracht hatte. Ein Faksimile dieser Korrespondenz ist auch an das Nationalkassino gelangt und man ist nun neugierig, ob dasselbe den Anlaß für wichtig genug halten wird, eine Untersuchung einzuleiten.